

Unionsfraktion bremst Seehofer

DEMOKRATIEFÖRDERUNG Noch vor Ende der Legislatur will die Bundesregierung ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem Projekte gegen Hass und Hetze gefördert werden. Doch den Christdemokraten geht das zu schnell.

Ob das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie noch vor Ende der Legislatur verabschiedet wird, ist fraglich. Die Eckpunkte des Vorhabens, mit dem Projekte gegen Hass und Hetze gefördert werden, sollen am kommenden Mittwoch vom Kabinett beschlossen werden. Doch in der Bundestagsfraktion der Union gibt es weiterhin Vorbehalte. Die Parlamentarier hatten darauf gepocht, dass Empfänger von Fördergeldern sich schriftlich zu den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Zuletzt hatte sich Kanzlerin Angela Merkel eingeschaltet und ein Gespräch mit den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön und Thorsten Frei geführt. »Es ist

sehr zu begrüßen, dass die Einführung einer Demokratieklausele Eingang in die Pläne der Bundesregierung gefunden hat«, sagt Frei. Auch die Forderung, den Bundesfreiwilligendienst aufzuwerten, soll nun erfüllt werden. Doch die Hoffnung von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), das Gesetz werde noch vor der Sommerpause Bundestag und Bundesrat passieren, teilt Frei nicht. »Ich sehe nicht, wie wir in der Kürze dieser Zeit bei einem so komplexen und stark streitbefangenen Gegenstand noch zu einem Gesetz kommen sollen«, sagt der CDU-Politiker. Seehofer hatte sich zuletzt »maßlos enttäuscht« über die Blockade durch seine eigene Fraktion gezeigt. Das Verhalten sei »destruktiv« im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus. FLO, KNO